



Presseinformation

Nr. 160 / 2014

Kiel, Donnerstag, 3. April 2014

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Finanzen / Abbau des strukturellen Finanzierungsdefizits

Dr. Heiner Garg: Die Koalition nimmt in Kauf, dass der Landeshaushalt an die Wand fährt

Zur heutigen Stellungnahme des Landesrechnungshofes zum Abbau des strukturellen Finanzierungsdefizits erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer und finanzpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Heiner Garg**:

„Die heutige Stellungnahme des Landesrechnungshofes (LRH) sollte manch einen der rot-grün-blauen Koalitionäre aus ihren Blütenräumen herausgeholt haben. Wenn der LRH erklärt, dass der von der Landesregierung beschriebene Haushaltspfad nicht genügt, um den verfassungsrechtlich beschriebenen Abbau des strukturellen Defizits bis 2020 zu bestreiten, dann reicht es nicht, dies lediglich schulterzuckend zur Kenntnis zu nehmen.

Denn was der Rechnungshof hiermit sagt, bedeutet: Die Koalition baut auf das Prinzip Hoffnung. Rot-Grün-Blau nimmt demnach bewusst in Kauf, dass der Landeshaushalt an die Wand fährt und damit den künftigen Generationen neue Lasten aufgebürdet werden. Da helfen auch die uns ständig aufgetischten Leerformeln von ‚nachhaltiger Politik‘ nichts mehr – das ist nichts anderes als verantwortungslos.

Unter der Verantwortung von Finanzministerin Heinold sind die Nettoaussgaben jeweils um 3,82 und 3,93 Prozent gewachsen – während sie im Jahr 2011 um 0,59 Prozent zurückgegangen und 2012 nur um 0,55 Prozent angestiegen sind. Pläne zum Abbau des strukturellen Defizits gibt es seitens der Landesregierung und regierungstragenden Fraktionen nicht. So nannte der von der FDP-Fraktion beantragte, fünf Seiten ‚starke‘ Bericht der Landesregierung ‚Struktureller Abbaupfad bis 2020‘ (Drucksache 18/338) keine einzige strukturelle Maßnahme.

Auch beim Personal- und Aufgabenabbau kommt die Landesregierung nicht richtig voran. Der Personalabbau ist so intransparent, dass weder der Gesetzgeber noch der Landesrechnungshof den von der Landesregierung gemeldeten Stellenabbau nachvollziehen können.

Der Landesrechnungshof stellt richtigerweise fest:

„Ausgabenkürzungen werden somit in fernere Zukunft verschoben, um sich heute und in naher Zukunft Mehrausgaben zu leisten. Notwendige Einsparungen werden so künftigen Parlamenten und Regierungen aufgebürdet. Nachhaltige Finanzpolitik sollte anders aussehen.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.“